



Resolution

Kurswechsel für ein gutes Leben

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Chemnitz beschließt:

Wir, die Delegierten der Verwaltungsstelle Chemnitz vertreten 18.983 Mitglieder der IG Metall. Wir sehen mit Sorge: Politik und Wirtschaft blenden die Ursachen der Wirtschaftskrise angesichts der aktuellen ökonomischen Lage aus. Sie setzen auf falsche Konzepte und bedienen schamlos Lobbyinteressen! Wir befürchten fatale Folgen für die Zukunft unseres Landes und unserer Region. Wir fordern deshalb im Auftrag unserer Mitglieder eine Politik, die die Interessen der Mehrheit der Menschen in den Mittelpunkt stellt:

Leiharbeit begrenzen und regulieren!

Die Leiharbeit boomt. Damit sind immer mehr Menschen von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und fehlender Zukunftsperspektive betroffen. Die Strategie, die tarifpolitisch vereinbarten Standards der Stammebelegschaften abzusenken, darf nicht aufgehen. Wo Leiharbeit nicht verhindert werden kann, muss sie begrenzt und fair gestaltet werden.

Wir fordern:

- Gesetzliche Verankerung des Grundsatzes „Gleiche Arbeit - gleiches Geld“!
- Übertragung der EU-Richtlinie zur Leiharbeit in deutsches Recht.

Wir verpflichten uns:

- in den Betrieben unseres Organisationsbereichs Leiharbeit zum Thema zu machen.
- Betriebsvereinbarungen zur fairen Gestaltung der Leiharbeit zu verhandeln.





Zukunft und Perspektiven für die junge Generation schaffen!

Die jungen Menschen sind die Verlierer der Krise: Für sie fehlen Bildungschancen und Ausbildungsplätze. Sie sind besonders von Leiharbeit oder unbezahlter Praktikumsarbeit betroffen.

Wir fordern:

- Mehr Investitionen in das Bildungssystem.
- Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.
- faire Regelungen für Praktikanten.

Wir verpflichten uns,

- in den Betrieben unseres Organisationsbereichs die Zukunftschancen der Jungen Generation in den nächsten Wochen und Monaten zum Thema zu machen. Insbesondere die berufliche Situation wollen wir überprüfen.

Sozialstaat stärken! Krisenverursacher müssen zahlen!

Das Sparpaket ist der falsche Weg, den Staatshaushalt zu sanieren. Es ist unwürdig, wenn vor allem Arbeitslose, Alleinerziehende und die Bezieher von ALG II die Zeche zahlen sollen. Die krisenbedingten Einnahmeausfälle der Kommunen stellen ihre Handlungs- und Investitionsfähigkeit infrage. Städte und Gemeinden sind deshalb gezwungen, ihre Angebote zu beschränken und ihre Investitionen zu kürzen. Gegen diesen vorgeschlagenen Weg der Konsolidierung wird die IG Metall ihre Mitglieder mobilisieren.

Wir fordern:

- Die Stärkung des Sozialstaates und ein gerechtes Sicherungssystem: Weg mit der Rente mit 67!
- Anstelle des ungerechten Sparpakets ein Konjunkturprogramm, das auf Massenkaufrkraft setzt, und die Regulierung der Finanzmärkte.

Dafür setzen wir uns nachdrücklich ein. Wir werden unsere Forderungen nach dem „Kurswechsel für ein gutes Leben“ in den nächsten Wochen und Monaten in den Betrieben und mit öffentlichen Aktionen Nachdruck verleihen.

